Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden*
vom 19. Juni 2026

KR-Nr. 376c/2021

Beschluss des Kantonsrates über die Behördeninitiative KR-Nr. 376/2021 der Gemeinderäte Wallisellen, Dietlikon, Embrach und Freienstein-Teufen sowie der Stadträte Opfikon und Bülach betreffend Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich

(vom . . . . . .)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die gleichlautenden Anträge des Regierungsrates vom 7. Mai 2025 und der Kommission für Staat und Gemeinden vom 19. Juni 2026,

beschliesst:

I. Die Behördeninitiative KR-Nr. 376/2021 der Gemeinderäte Wallisellen, Dietlikon, Embrach und Freienstein-Teufen sowie der Stadträte Opfikon und Bülach betreffend Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich wird abgelehnt.

II. Mitteilung an die Gemeinderäte Wallisellen, Dietlikon, Embrach und Freienstein-Teufen, die Stadträte Opfikon und Bülach sowie an den Regierungsrat.

* Die Kommission für Staat und Gemeinden besteht aus folgenden Mitgliedern: Priska Lötscher, Winterthur (Präsidentin); Michael Biber, Bachenbülach; Claudia Bodmer-Furrer, Maur; Susanne Brunner, Zürich; Leandra Columberg, Dübendorf; Pierre Dalcher, Schlieren; Isabel Garcia, Zürich; Sonja Gehrig, Urdorf; Florian Heer, Winterthur; Benjamin Krähenmann, Zürich; Gabriel Mäder, Adliswil; Rafael Mörgeli, Stäfa; Fabian Müller, Rüschlikon; Roman Schmid, Opfikon; Stefan Schmid, Niederglatt; Sekretärin: Isabelle Barton.

Bericht

1. Ausgangslage

Die Bezirksgrenzen sind im Kanton Zürich mit einer Ausnahme seit 1814/1831 unverändert. Die Behördeninitiative regt an, die bestehenden gemeindeübergreifenden Strukturen zu überdenken und an die heutigen Bedürfnisse anzupassen. Es soll höchstens noch zehn Bezirke geben und diese sollen mit den Planungsregionen zur einfacheren Erfüllung gemeinsamer Aufgaben harmonisiert werden.

2. Zusammenfassung der Beratung in der Kommission

Die Kommission findet es richtig und wichtig, dass die Frage der Bezirksstruktur in regelmässigen Abständen diskutiert wird. Die Auswertung einer Umfrage der Direktion der Justiz und des Innern hat aber gezeigt, dass – anders als ursprünglich angenommen – bei den Gemeinden kein Bedürfnis für neue Bezirksstrukturen besteht und die Behördeninitiative bei einer Umsetzung nicht genügend Unterstützung finden würde. Die Kommission ist sich bewusst, dass die Bezirksstrukturen zwar nicht mit allen anderen Strukturen übereinstimmen, findet das aber auch nicht notwendig. Es gibt beispielsweise die Möglichkeit von bezirksübergreifenden Arbeitsgruppen oder Gremien. Diskutiert wurden auch mögliche Auswirkungen einer Bezirksanpassung auf Wahlen sowie ob und wie dem Wechselwunsch einzelner Gemeinden nachzukommen sei. Ein Teil der Kommission wäre für die Änderung der Bezirksstrukturen offen gewesen, anerkennt jedoch, dass der Reformwunsch geschwunden ist. Die Kommission unterstützt die Ablehnung der Behördeninitiative deshalb einstimmig.

3. Chronologischer Ablauf

Die Kommission behandelte die Vorlage an insgesamt acht Sitzungen:

- 7. Juli 2023: Präsentation der Vorlage 376a/2021 und Anhörung Mitinitiant
- 25. August 2023: Beratung
- 29. September 2023: Beratung
- 27. Oktober 2023: Beratung
- 17. November 2023: Antrag an GL zur Rückweisung
- 4. Mai 2024: Beratung
- 17. April 2026: Präsentation der Vorlage 376b/2021
- 19. Juni 2026: Beratungsabschluss und Schlussabstimmung

4. Antrag der Kommission

Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und diese im Sinne der Kommission zu verabschieden.

Zürich, 19. Juni 2026

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin:	Die Sekretärin:
Priska Lötscher	Isabelle Barton